

**»5 vor 12«**

# Schröder, wach auf

## Wir machen Lärm für unseren Sozialstaat

Am 17. Oktober gibt es für die Bundesregierung was auf die Ohren. Mit allem was laut ist gehen wir um 5 vor 12 für zehn Minuten vor unsere Dienststellen und Betriebe auf Straßen und Plätze. Wir lassen Wecker klingeln, Handys läuten, Trommeln wirbeln, Pfeifen tröten. Alles was Lärm macht ist willkommen. Das Land soll wissen was uns blüht und die Regierung soll wissen, dass wir uns unseren Sozialstaat nicht kaputt machen lassen.

An diesem Tag, dem 17. Oktober, will der Deutsche Bundestag in 1. Lesung weitere Hartz-Gesetze und die Gemeindefinanzreform beraten. Das klingt fortschrittlich und zukunftsweisend. Was die Bundesregierung jedoch verabschieden will, ist der bisher größte Sozialraub.

Mit den Hartz-Gesetzen und anderen »Reformen« bittet die Regierung ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Kranke und RentnerInnen direkt zur Kasse. Mit ihrem Geld sollen sie das soziale Sicherungssystem retten und die Wirtschaft beleben.

Mit der Gemeindefinanzreform sollen wir indirekt die Staatsfinanzen sanieren. Denn wenn die Gemeinden weiterhin kein Geld haben können sie auch nichts ausgeben für Schulen, Kindertagesstätten, Pflegeheime, Zoos; Bürgerämter, Straßen, Straßenbeleuchtungen, Feuerwachen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater, Museen.

Kein Zweifel: Wir brauchen Reformen, mutige Reformen. Mit ihnen muss die Finanzbasis des Sozialstaates gestärkt und weiterentwickelt werden.

Zu den mutigen Reformen gehört auch, die wirtschaftlich Starken entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit angemessen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranzuziehen. Es muss der Vergangenheit angehören, dass deutsche Weltkonzerne keine oder kaum Steuern zahlen.

Geld ist vorhanden. Deutschland ist ein reiches Land. Eine neue Vermögenssteuer und eine höhere Erbschaftssteuer, die nicht die kleinen „Häuslesbesitzer“ betrifft, könnte dazu beitragen die Finanzierung des Sozialstaates auf eine breitere Grundlage zu stellen. Allein durch die Reform der Körperschaftssteuer haben die öffentlichen Haushalte seit 2001 mehr als 40 Milliarden Euro weniger eingenommen.

